
sjwz
anfang
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 141 III 472


Sachverhalt:

- A und B sind die nicht verheirateten Eltern von C (geb. 2009)
- 2009 Vereinbarung auf gemeinsame elterliche Sorge
- Trennung der Eltern wenige Monate später
- Juli 2011 Antrag der Mutter auf alleinige elterliche Sorge

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

4

www.sjwz.ch


sjwz
anfang
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 141 III 472


Kriterien für die Verweigerung des gemeinsamen Sorgerechts (kumulativ):

1. Schwerwiegender elterlicher Dauerkonflikt oder anhaltende Kommunikationsunfähigkeit
2. Negative Auswirkungen des Mangels auf das Kindeswohl
3. Entschärfung des Konflikts durch das Alleinsorgerecht

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

5

www.sjwz.ch


sjwz
anfang
juristische
weiterbildung
zürich


BGer 5A_609 vom 13. Februar 2017

Erteilung der gemeinsamen elterlichen Sorge

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

6


www.sjwz.ch


sjwz
stiftung
juristische
weiterbildung
zurich


BGer 5A_609/2016 vom 13. Februar 2017

Sachverhalt:

- A und B sind die nicht verheirateten Eltern von C (geb. 2009)
- Seit Geburt stand C unter der alleinigen elterlichen Sorge der Mutter
- 30.7.2014 Antrag des Vaters auf Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge an die Eltern

 BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte


www.sjwz.ch


sjwz
stiftung
juristische
weiterbildung
zurich


BGer 5A_609/2016

Konkrete Kriterien für die Verweigerung des gemeinsamen Sorgerechts:

1. Der Konflikt oder die Kommunikationsunfähigkeit müssen sich auf die Kinderbelange als Ganzes beziehen.
2. Das Vorhandensein eines Loyalitätskonflikts des Kindes allein genügt nicht.
3. Erforderlich ist die konkrete Feststellung, in welcher Hinsicht das Kindeswohl beeinträchtigt ist.


 BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

www.sjwz.ch



sjwz
stiftung
juristische
weiterbildung
zurich

BGer 5A_499 vom 30. März 2017

Erteilung der gemeinsamen elterlichen Sorge

 BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

www.sjwz.ch


sjwz
stiftung
juristische
weiterbildung
zurich


BGer 5A_499/2016 vom 30. März 2017

Sachverhalt:

- A und B sind die nicht verheirateten Eltern von C (geb. 2006)
- Seit Geburt stand C unter der alleinigen elterlichen Sorge der Mutter
- April 2017 Antrag des Vaters auf Übertragung der alleinigen elterlichen Sorge an den Vater
- Juli 2017 Antrag des Vaters auf Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

www.sjwz.ch


sjwz
stiftung
juristische
weiterbildung
zurich


BGer 5A_499/2016

Konkrete Kriterien für die Verweigerung des gemeinsamen Sorgerechts:

Geht es um die auf Art. 298b Abs. 2 ZGB gestützte Anordnung des gemeinsamen Sorgerechts, ist unter diesem Gesichtspunkt nur dann davon abzusehen, wenn eine aufgrund der Streitereien der Elternebene bestehende Beeinträchtigung des Kindeswohl in entscheidender Weise verstärkt würde.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

www.sjwz.ch



sjwz
stiftung
juristische
weiterbildung
zurich

BGE 142 III 481

Bestimmung des Aufenthaltsrechts des Kindes
Verlegung des Aufenthaltsortes des Kindes ins Ausland

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

www.sjwz.ch


sjwz
anfang
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 142 III 482


Sachverhalt:

- A und B heirateten im Jahr 2011. Sie trennten sich Anfang 2012
- A und B wurden mit Urteil vom 7. Juli 2014 geschieden. Die gemeinsamen Kinder C (geb. 2010) und D (geb. 2011) wurden unter der gemeinsamen elterlichen Sorge der Eltern belassen und unter die Obhut der Mutter gestellt.
- Das Gericht erteilte der Mutter die Erlaubnis, den Aufenthaltsort der Kinder nach Graz zu verlegen.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

13

www.sjwz.ch


sjwz
anfang
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 142 III 481


Grundsätze für die Erteilung der Wohnsitzverlegung:

1. Dem wegzugswilligen Elternteil, welcher bislang die Kinder überwiegend betreut hat, ist die Wohnsitzverlegung in der Regel zu bewilligen.
2. Das bislang gelebte Betreuungsmodell bildet den Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen und zur Anpassung des Besuchsrechts.
3. Die Konturen des Wegzugs müssen feststehen.
4. Die Motive des Wegzugs unterliegen nicht der gerichtlichen Überprüfung. (Ausnahme: Rechtsmissbrauch.)

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

14

www.sjwz.ch


sjwz
anfang
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 142 III 507

Bestimmung des Aufenthaltsrechts des Kindes
Verlegung des Aufenthaltsortes des Kindes im Inland

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

15

www.sjwz.ch

Auslegung von Art. 301 Abs. 2 lit b ZGB

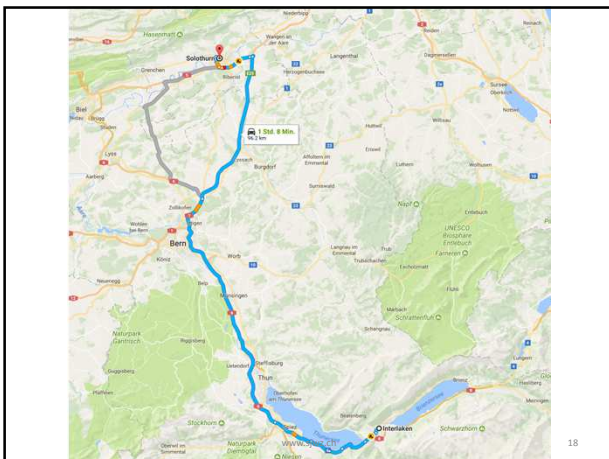
Die teleologische Auslegung führt dazu, dass alternativ erhebliche Auswirkungen auf die Ausübung der elterlichen Sorge oder erhebliche Auswirkungen auf den persönlichen Verkehr den Wechsel des Aufenthaltsortes des Kindes zustimmungsbedürftig machen (BGE 142 II 502 S. E. 2.4.2)

BGE 142 III 507



Sachverhalt:

- A und B sind die unverheirateten Eltern von C (geb. 2010), welche unter gemeinsamer elterlicher Sorge steht.
- Im Jahre 2014 trennten sich die Eltern, die bereits früher vereinbart hatten, dass in einem solchen Fall die Obhut der Mutter zukomme und die Aufteilung der Betreuung unter Berücksichtigung der tatsächlichen Lebensverhältnisse erfolgen solle.
- Im Februar erteilte die KESB der Mutter die Zustimmung zum Wechsel des Wohnortes von Interlaken nach Solothurn.



BGE 142 III 502


Grundsätze für die Erteilung der Wohnsitzverlegung:

1. Die erheblichen Auswirkungen im Sinne von Art. 301a Abs. 2 lit. b ZGB auf die Ausübung der elterlichen Sorge sind in erster Linie im Zusammenhang mit dem vor dem Umzug konkret gelebten Betreuungsmodell zu sehen.
2. Erhebliche Auswirkungen auf die Ausübung der elterlichen Sorge und den persönlichen Verkehr liegen nicht vor, wenn dem Besuchsberechtigten lediglich ein übliches Wochenendbesuchsrecht zusteht.
3. Im Weiteren verweist das Bundesgericht auf den vorerwähnten «Auslandsfall».

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

19

www.sjwz.ch




BGE 143 III 193

Zuständigkeit bei der Verlegung des Aufenthaltsortes des Kindes

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

20

www.sjwz.ch



BGE 143 III 193


Sachverhalt:

- A und B sind die unverheirateten Eltern von C (geb. 2008), welche unter gemeinsamer elterlicher Sorge steht.
- Im Jahre 2014 wurden den Eltern die gemeinsame elterliche Sorge erteilt.
- Am 9. Dezember 2015 beantragte die Mutter, es sei ihr zu erlauben per 1. Februar 2016 zusammen mit C nach Bonn zu ziehen.
- Am 27. Januar 2017 verfügte die KESB die Zustimmung zum Wechsel und entzog einer allfälligen Beschwerde die aufschiebende Wirkung.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

21

www.sjwz.ch



BGE 143 III 193


Sachverhalt:

- Anfang Februar 2016 zog die Mutter mit C nach Bonn.
- Mit Entscheid vom 23. Juni 2016 trat das Obergericht wegen entfallener Zuständigkeit auf die Beschwerde des Vaters nicht ein.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

22

www.sjwz.ch



BGE 143 III 193


Erwägungen:

- Mit dem Wegzug des Kindes in einen anderen Vertragsstaat des HKsÜ und dortiger Begründung gewöhnlichen Aufenthaltes entfällt die internationale Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte.
- Der Entzug der aufschiebenden Wirkung verstösst weder gegen die Rechtsweggarantie noch gegen den Anspruch auf eine wirksame Beschwerde.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

23

www.sjwz.ch



BGE 141 III 53 E. 5 (1|13)


Güterrechtliche Auseinandersetzung:


Errungenschaftsbeteiligung
Liegenschaft im Miteigentum

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

24

www.sjwz.ch




sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 141 III 53 E. 5 (2/13)


Sachverhalt:

- Kauf Liegenschaft 2001
- Miteigentum zur Hälfte
- Kaufpreis: CHF 687'000.00
- EM Eigengut: CHF 140'000.00,
- EM Errungenschaft: CHF 42'000.00
- Hypothek beide: CHF 505'000.00

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

25

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 141 III 53 E. 5 (3/13)

Auseinandersetzung

1. Aussenverhältnis (Sachenrecht)


⇒ Teilung des Miteigentums an Liegenschaft:
Art. 650, 651 ZGB
(körperliche Teilung, Versteigerung,
Zuweisung bei überwiegendem Interesse)

2. Innenverhältnis (Güterrecht)

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

26

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 141 III 53 E. 5 (4/13)


Pro memoria:

Ein bestimmter Vermögensgegenstand gehört
immer und ausschliesslich zum Vermögen des
Ehegatten, der Eigentümer ist.

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

27

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 141 III 53 E. 5 (5/13)


Zuordnung zu Gütermasse (I)

- Im Zeitpunkt des Erwerbs: bleibt unveränderlich.
- Bei Beteiligung beider Gütermassen eines Ehegatten:
Zuordnung in diejenige Masse, die den höchsten Betrag leistet.
Die andere Gütermasse erhält eine variable Ersatzforderung (209 III ZGB).

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

28

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 141 III 53 E. 5 (6/13)


Zuordnung zu Gütermasse (II)

- Die Hypothekarschuld ist derjenigen Masse zuzuordnen, in die der Miteigentumsanteil integriert wird
(Grundsatz des sachlichen Zusammenhangs, Art. 209 II ZGB)
- reiner Kreditkauf: immer Errungenschaft

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

29

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 141 III 53 E. 5 (7/13)


Anspruch auf mehrwertbeteiligte Rückforderung, wenn zum Erwerb, zur Verbesserung oder zur Erhaltung des Vermögensgegenstandes des anderen beigetragen (206 ZGB)

- **Ausschluss** der Mehrwertbeteiligung im **Zeitpunkt der Investition: schriftlich**
- **Allgemeiner Ausschluss** der Mehrwertbeteiligung: **Ehevertrag**

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

30

www.sjwz.ch


 anwaltschaft
 juristische
 weiterbildung
 zürich


BGE 141 III 53 E. 5 (8|13)

Die von einem Ehegatten geleisteten Beiträge werden hälftig zu gleichen Teilen den beiden Miteigentumshälften bzw. Gütermassen zugewiesen, allenfalls unter Begründung von Ersatzforderungen.

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
 RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

31

www.sjwz.ch


 anwaltschaft
 juristische
 weiterbildung
 zürich

Kaufpreis: CHF 687'000
 EM Eigentum: CHF 140'000
 EM Errungenschaft: CHF 42'000
 Hypothek beide: CHF 505'000


BGE 141 III 53 E. 5 (9|13)

	Miteigentumsanteil Ehefrau			Miteigentumsanteil Ehemann		Hypo	Total
	ER	Variable Schuld ggü ER EM	Variable Schuld ggü EG EM	Variable Ersatzforderung ggü. EG	EG		
Investition	-	21'000	70'000	21'000	70'000	505'000	687'000
In Prozent	-	3,06%	10,19%	3,06%	10,19%	73,51%	100%
Verhältnis ER und EG des Ehemannes				23,08%	76,92%		

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
 RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

32

www.sjwz.ch


 anwaltschaft
 juristische
 weiterbildung
 zürich

BGE 141 III 53 E. 5 (10|13)

- Mehrwert wird prozentual aufgeteilt.
- Der auf die Hypothek fallende Mehrwert wird auf die Miteigentumsanteile aufgeteilt und intern im Verhältnis der Gütermassen zugeordnet.

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
 RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

33

www.sjwz.ch

sjwz
Stiftung
juristische
Weiterbildung
Zürich

BGE 141 III 53 E. 5 (11|13)

Für Sie konkret:

Sachverhalt von BGE 141 III 53 ergänzend:
Verkaufserlös: CHF 900'000.00
(Mehrwert CHF 213'000.00)

Lösung siehe folgende Folien

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

34

www.sjwz.ch

sjwz
Stiftung
juristische
Weiterbildung
Zürich

BGE 141 III 53 E. 5 (12|13) / Fallbeispiel

	Miteigentumsanteil Ehefrau			Miteigentumsanteil Ehemann		Hypo	Total
	ER	Variable Schuld ggü. ER EM	Variable Schuld ggü. EG EM	Variable Ersatzforderung ggü. EG	EG		
MW-Anteil	-	3,06%	10,19%	3,06%	10,19%	73,51%	100%
In CHF		6'517.80	21'704.70	6'517.80	21'704.70	156'576.30	213'000.00
Aufteilung Hypo-MW	(1/2) 78'288.15			(1/2) 78'288.15			
				23.08% 18'068.90	76.92% 60'219.25		

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

35

www.sjwz.ch

sjwz
Stiftung
juristische
Weiterbildung
Zürich


BGE 141 III 53 E. 5 (13|13) / Fallbeispiel

	Miteigentumsanteil Ehefrau			Miteigentumsanteil Ehemann		Hypo	Total
	ER	variable Schuld ggü. ER EM	Variable Schuld ggü. EG EM	Variable Ersatzforderung ggü. EG	EG		
Investition	-	21'000	70'000	21'000	70'000	505'000	687'000
MW-Anteil		6'517.80	21'704.70	6'517.80	21'704.70	156'576.30	213'000.00
Aufteilung Hypo-MW	78'288.15			18'068.90	60'219.25		
Zwischentotal	78'288.15	27'517.80	91'704.70	45'586.70	151'923.95		
Total	= 78'288.15			45'586.70 + 27'517.80 = 73'104.50	151'923.95 + 91'704.70 = 243'628.65		

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

36

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
büro
für
juristische
weiterbildung
zürich


BGE 142 III 257 (1/11)

**Güterrechtliche Zuordnung eines aus
Nachlass erworbenen Gegenstandes bei
Leistung einer Ausgleichszahlung**

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

37

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
büro
für
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 142 III 257 (2/11)


Sachverhalt Erbgang:

- Juni 1976: Tod von C
- Erbquote von EM: 60% des Nachlasses (NL)
- Mai 1978: EM kauft von Erbengemeinschaft Grundstück Nr. 1, Zahlung in den NL
- Kaufpreis: 338'000.00
- Finanzierung: Hypo-Darlehen 300'000.00, Eigenkapital (bar) 38'000.00
- später: Auszahlung Erbteil: 165'000.00 akonto, 8'111.85 Saldoschlusszahlung

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

38

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
büro
für
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 142 III 257 (3/11)


Sachverhalt Familienrecht:

- 2008: Scheidungsklage
- 2010: Von Grundstück 1 werden Grundstücke 1, 2, 3, 4, 5 abparzelliert.
- EM behält Grundstück Nr. 1 mit EFH.
- Verkauf Grundstücke 2-5: Nettoerlös nach Kosten, Steuern, Hypothek: 441'413.90 (auf Sperrkonto)
- Nettowert Grundstück Nr. 1: 539'000.00 (Schätzung im Scheidungsverfahren).

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

39

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zurich

BGE 142 III 257 (4/11)


strittig :
Güterrechtliche Zuordnung von Grundstück Nr. 1
und Nettoerlös der Grundstücke 2-5.

Erstinstanz: Errungenschaft.
Vorinstanz: Eigentum.
Bundesgericht:

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

40

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zurich

BGE 142 III 257 E. 4.3.1 (5/15)


güterrechtliche Qualifikation des Erbspruches (I):

- Erbinnen erwerben Erbschaft als Ganzes (Universalsukzession, 560 I ZGB).
- werden Gesamteigentümerinnen der Nachlasswerte (602 II ZGB).
- Miterben haben:
 - bis Auflösung Erbengemeinschaft keine individuellen selbständigen Rechte an Gegenständen.
 - bei Teilung den gleichen Anspruch auf die Gegenstände (610 I ZGB).

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

41

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zurich

BGE 142 III 257 E. 4.3.1 (6/11)

güterrechtliche Qualifikation des Erbspruches (II):


→ Erbteil einer noch ungeteilten Erbschaft besteht

- **formell** aus Gesamteigentum an Gegenständen/Werten
- **materiell** aus Anspruch auf Quote des Nachlassvermögens (Anteil an Liquidation Erbengemeinschaft)

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

42

www.sjwz.ch



sjwz
anwalts
büro
für
erb- und
vertragsrecht

BGE 142 III 257 E. 4.3.2 (7/11)

güterrechtliche Qualifikation des Erbspruches (III):

- Gegenstände, die durch Teilung der Erbschaft zu Alleineigentum erworben werden, treten anstelle des Anspruchs auf Quote am Nachlassvermögen:
 - Ersatzanschaffung
(Austausch eines Vermögenswertes durch anderen im Sinne eines Wertersatzes)
- Vermögensrechtliche **Surrogation** tritt von Gesetzes wegen und unmittelbar ein.

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN 43 www.sjwz.ch



sjwz
anwalts
büro
für
erb- und
vertragsrecht

BGE 142 III 257 E. 4.3.3 (8/11)

Güterrechtliche Auseinandersetzung (I):

1. Anspruch auf Quote am Nachlassvermögen
→ Eigengut (198 II ZGB)
2. Ist Wert des übernommenen Gegenstandes < Wert Liquidationsanteil
→ Eigengut (Surrogation)

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN 44 www.sjwz.ch



sjwz
anwalts
büro
für
erb- und
vertragsrecht

BGE 142 III 257 E. 4.3.3 (9/11)

Güterrechtliche Auseinandersetzung (II):

3. Ist Wert des übernommenen Gegenstandes > Wert Liquidationsanteil, weshalb Ausgleichszahlung:
 - zwei Ersatzanschaffungen:
 - Liquidationszahlung
 - Ausgleichszahlung
4. entscheidend:
welcher Gütermasse entstammen die beitragenden Vermögenswerte?

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN 45 www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
büro
für
erbschaftsrecht


BGE 142 III 257 (10|11)

- Beide Beiträge aus Eigengut
→ Ersatzanschaffung im Eigengut
- Beiträge aus Errungenschaft und Eigengut
→ Vermögenswert in jener Masse, die am meisten beigetragen hat.
→ andere Gütermasse hat variable Ersatzforderung
- Beide Gütermassen gleich beteiligt:
→ Errungenschaft

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

46

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
büro
für
erbschaftsrecht

BGE 142 III 257 (11|11)


Konklusion:
Nachlassnettovermögen 352'905.20 inkl. Liegenschaft (338'000.00).
EM: Quote von 60% (211'743.12).

- **Erwerb durch klassische Erbteilung (ETV):**
Geerbte Quote trägt mehr als 1/2, d.h. am meisten, zum Erwerb bei → Eigengut.
- Bei **Erwerb durch Kauf aus Nachlass** vor Erbteilung ist dieser Zeitpunkt güterrechtlich relevant. **Keine** Surrogation.
Hypothek und Barmittel aus Errungenschaft → Errungenschaft.

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

47

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
büro
für
erbschaftsrecht

BGE 143 III 233


Keine Reduktion der Unterhaltsbeiträge bei missbräuchlicher, nicht rückgängig machbarer Einkommensreduktion (Änderung der Rechtsprechung)

(BGer 5A_297/2016 vom 02.05.2017)

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

48

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 143 III 233 (2/8)


Sachverhalt

- Scheidungsklage; vsM: Unterhaltsbeiträge (UB) für EF und Kinder
- Juni 2014: Abänderungsantrag EM betr. UB EF abgelehnt
- Juni 2015: Neuer Antrag EM auf Abänderung UB EF
- 1. Instanz: Aufhebung UB EF rückwirkend per Juli 2015
- Berufungsinstanz: Reduktion UB EF per August 2015, Aufhebung per September 2015

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

49

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 143 III 233 (3/8)


Voraussetzungen für die Abänderung von VSM oder Eheschutz (Zusammenfassung):

1. Wesentliche, dauernde Änderung nach Eintritt der Rechtskraft des Urteils (179 ZGB)
2. Tatsächliche, dem Entscheid zugrunde liegende Umstände erweisen sich nachträglich als unrichtig
3. Entscheid nachträglich im Ergebnis nicht gerechtfertigt, weil dem Gericht Tatsachen nicht zuverlässig bekannt waren (BGE 141 III 376, E.3.3.1, S. 378)

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

50

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGE 143 III 233 (4/8)


Bemessung des Unterhaltsbeitrages

- **Grundsatz:** tatsächlich erzielttes Einkommen des Unterhaltspflichtigen massgebend
- Falls dieses nicht ausreichend, um ausgewiesenen Bedarf zu decken:
- Anrechnung eines hypothetischen Einkommens, sofern dieses zu erreichen zumutbar **und** möglich (kumulativ: BGE 137 III 118 E. 2.3)

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

51

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zurich

BGE 143 III 233 (5/8)

Hypothetisches Einkommen


Rechtsfrage:
Welche Tätigkeit aufzunehmen erscheint zumutbar

Tatfrage:
Ist die als zumutbar erkannte Tätigkeit möglich **und** das angenommene Einkommen effektiv erzielbar

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

52

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zurich

BGE 143 III 233 (6/8)


Keine Abänderung, wenn neue Sachlage durch eigenmächtiges rechtsmissbräuchliches Verhalten herbeigeführt:

Verhindert der Unterhaltspflichtige sein Einkommen in Schädigungsabsicht, so ist eine Abänderung der Unterhaltsleistung selbst dann auszuschliessen, wenn die Einkommensverminderung nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

53

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zurich


BGE 143 III 233 (7/8)

Details zum Sachverhalt und Würdigung:
s. BGE 143 III 233, E. 4

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

54

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

**Hypothetisches Einkommen:
Keine rückwirkende Anrechnung**


Ausweitung bestehender Erwerbstätigkeit
grundsätzlich **nur für die Zukunft** möglich;
mit nach gesamten Umständen angemessener
Übergangsfrist.
Abweichung nur bei speziellen Gründen, die im
Entscheid näher auszuführen sind.

BGer 5A_549/2017 vom 11.09.2017

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

55

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich


**Hypothetisches Einkommen:
rückwirkende Anrechnung bei
Volljährigenunterhalt**

BGer 5A_184/2016 vom 22.01.2016

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

56

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich


BGE 142 III 193

Zeitpunkt, ab dem der nacheheliche
Unterhaltsbeitrag geschuldet ist
(126 ZGB)

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

57

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

Scheidungsgericht kann nachehelichen Unterhalt anknüpfen an


- Bedingung
- Zeitpunkt

z.B. ab Teilrechtskraft Scheidungsurteils, wenn Scheidung als solche (Status) nicht mehr Streitgegenstand selbst wenn vsM-Gericht Unterhaltsbeiträge über Teilrechtskraft angeordnet hat

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

58

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich


ausnahmsweise auch rückwirkend auf Datum der Einreichung des Scheidungsbegehrens **ausser** wenn vsM während Dauer Scheidungsverfahren wegen relativer Rechtskraft der vsM bis zu ihrer allfälligen Abänderung.

→ Scheidungsurteil kann nicht retroaktiv auf vorsorgliche Massnahmen zurückkommen

TRACHSEL BORTOLANI PARTNER
RECHTSANWÄLTE & MEDIATOREN

59

www.sjwz.ch


sjwz
anwalts
juristische
weiterbildung
zürich

BGer 5A_295/2016 vom 23.2.2017


Auskunftsansprüche nach Art. 170 ZGB nach der Scheidung

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

60

www.sjwz.ch

BGer 5A_295/2016 vom 23. Februar 2017



Sachverhalt:


- Mit Urteil vom 5. März 2013 schied das Bezirksgericht Baden die Ehe von A und B.
- Am 6. Oktober 2015 beantragte B beim Familiengericht A aufzufordern, umfassend Auskunft über ihre Einkommen ab dem 1. Januar 2014 zu erteilen.
- Das Bezirksgericht Baden hiess das Begehren gut und auch das Obergericht schütze das Auskunftsbegehren in wesentlichen Teilen

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

61

www.sjwz.ch

BGer 5A_295/2016



Erwägungen:


- Der in Art. 170 ZGB verankerte materiellrechtliche Auskunftsanspruch der Ehegatten wirkt nicht über die Auflösung der Ehe hinaus. Er kann nicht im Zusammenhang mit einem Abänderungsverfahren nach Art. 129 ZGB oder im Hinblick darauf als gesetzliche Grundlage für ein Auskunftsbegehren angerufen werden.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

62

www.sjwz.ch

BGer 5A_9/2015 vom 10. August 2015




Rechtliche Qualifikation der Auskunftsansprüche nach Art. 170 ZGB

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

63

www.sjwz.ch

BGer 5A_9/2015 vom 10. August 2015



Sachverhalt:


- Die Eheleute A und B leben seit mehreren Jahren getrennt.
- Am 17. Juni 2014 beantragte B von A über das Zivilkreisgericht Basel-Landschaft Ost verschiedene Unterlagen zur finanziellen Situation von A. Das Gericht hiess das Begehren gut.
- Während das Obergericht den Antrag von A, seiner Beschwerde sei die aufschiebende Wirkung zu erteilen, abwies, schritt das Zivilkreisgericht zur Vollstreckung, worauf das Obergericht auf die Beschwerde nicht mehr eintritt.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

64

www.sjwz.ch

BGer 5A_9/2015



Erwägungen:


- Zum Zwecke der Auskunftserteilung stellte die Beschwerdegegnerin vor dem Zivilkreisgericht ein «Gesuch im summarischen Verfahren nach Art. 271 ff. ZPO». Es handelt sich dabei weder um ein Eheschutzverfahren noch um vorsorgliche Massnahmen.
- Damit sind im bundesgerichtlichen Verfahren alle Rügen gemäss Art. 95 f. BGG zulässig.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

65

www.sjwz.ch

OGer Zürich LY160048 vom 15.6.2017



Zulässigkeit der Klageänderung in der Replik. Wird in dieser neu ein Auskunftsbegehren im Sinne einer Stufenklage erhoben, ist das Auskunftsbegehren im ordentlichen Verfahren zu behandeln.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

66

www.sjwz.ch

OGer Zürich LY160048

sjwz
stiftung
juristische
weiterbildung
zürich

Sachverhalt:

- Im Scheidungsverfahren der Eheleute A stellt die Ehefrau mit der Replik umfangreiche Auskunftsbegehren (nachdem sie in der Klagebegründung weder Unterhaltsansprüche noch güterrechtliche Ansprüche beziffert hatte).
- Das Bezirksgericht behandelt die Anträge als vorsorgliche Massnahmen und weist diese ab.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

67

www.sjwz.ch

OGer Zürich LY160048

sjwz
stiftung
juristische
weiterbildung
zürich

Erwägungen:

- Eine Klageänderung ist noch mit dem zweiten Schriftenwechsel möglich.
- Wird neu damit eine Stufenklage erhoben, handelt es sich um eine Klagenhäufung.
- Damit richtet sich die Verfahrensart nach derjenigen der Hauptsache, was dazu führt, dass auch für den Auskunftsanspruch das ordentliche Verfahren gilt.

BURKART & PFAMMATTER
Rechtsanwälte

68

www.sjwz.ch

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
Elisabeth Schönbacher Adjani
Kai Burkart

69

www.sjwz.ch
